

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichts-  
Bezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten  
Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsauf-  
sichtsbehörde, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bautzen,  
des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrates zu Bischofswerda.



Tageblatt.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und  
Land. Dichteste Verbreitung in allen Volkschichten  
Beilagen Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag bei  
Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda — Fernsprecher Nr. 12

Abonnementssatz: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich  
Mr. 10. bei Buchhaltung ins Haus monatlich Mr. 8.— durch  
ein Postdepot vierzehntäglich Mr. 24.— mit Aufzugsgebühr.  
Bei Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufern und die  
Poststellen des Staates nehmen jederzeit Briefungen entgegen.

Postleitzettel: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeinde-  
verbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64  
Im Jahr kostet Gewiss. Ring oder sonstiges legend weiter  
Schrift des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerungseinrich-  
tungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder  
Nachlieferung der Zeitung oder auf Abzahlung des Bezugspreises

Bezugspreis: Die bespaltenen Grundseile (Jahrs. Moje 14)  
oder deren Raum 2.—Mr. drückt Maschen 1.00 Mr. Im Zell-  
teil (Jahrs. Moje 14) 5.—Mr. die bespaltenen Zeile bei Wiede-  
holungen Nachlak nach leistenden Sägen. — Monatliche Ausgaben  
die bespaltenen Zeile 4.—Mr. — Für bestimmte Tage oder Woch-  
en mit keine Gewiss getreut. — Gründungszeit Bischofswerda

Nr. 27.

Mittwoch, den 1. Februar 1922

76. Jahrgang

## Der Reichshaushaltplan im Reichstag.

Berlin, 30. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichstages brachte Reichsfinanzminister Dr. Hermes den Reichshaushaltplan für 1922 ein. Er führt etwa folgendes aus:

Der Entwurf des Reichshaushaltplanes kam zum erstenmal so vollständig vorgelegt werden, daß kein Verabschiedung vor Beginn des neuen Rechnungsjahrs möglich ist. Die rechtzeitige Verabschiedung ist ein Gruberforderungs für eine sparsame und zweckmäßige Finanzwirtschaft und deshalb bittet die Regierung das Parlament um möglichst Beschränkung seiner Arbeiten, damit auf diese Weise alle Welt erkennt, daß das deutsche Volk gewillt ist, mit voller Kraft einer geordneten Finanzwirtschaft zugestehen. Der Haushaltplan für 1922 steht völlig im Zeichen der als zur Erfüllung des Friedensvertrages auferlegten ungeheueren Lasten. Während der Haushalt der inneren Verwaltung sogar einen Überschuss von 16,5 Milliarden ergibt und die Betriebsverwaltungen in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen sind, erfordert der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages einen Aufzehrungsbetrag von 171 Milliarden Mark. Der Versuch, die ungewohnte Last des Friedensvertrages zu erfüllen, hat im Jahre 1921 zur Zerrüttung des Marktes geführt und uns in eine völlige Unruhe gebracht. Vorur nicht das Reparationsproblem in einer Weise geregelt ist, die sich unserer Leistungsfähigkeit anpaßt, kann von einer Siedlung des Staats nichts gesprochen werden.

Der Haushaltplan ist zum erstenmal gegliedert in allgemeine Reichsverwaltung, in die Betriebsverwaltungen und in einen besonderen Abschnitt, der die Ausführung des Friedensvertrages behandelt, was zu seiner größeren Überlichkeit beiträgt. Beim Etat der Reichsverwaltung ist in erster Linie verucht worden, möglichst hohe Einnahmen aus Steuern bereitzustellen. Der Haushaltplan weicht Steuern in einem Maße aus, der in der Finanzgeschichte wohl einzige besteht. Fast 160 Milliarden sollen im Rechnungsjahr 1922 an Steuern aus der deutschen Volkswirtschaft herausgezogen werden.

Der Minister ging dann auf die bekannten Einzelheiten des an den letzten Tagen zusammengesetzten Gesetzes ein und sprach die Hoffnung aus, daß die Emirate sich nicht der Erkenntnis verschließen werde, daß Deutschland alle denkbaren Anstrengungen mache, um das Höchstmass von Steuern aus seiner Wirtschaft herauszu ziehen. Er wendete sich gegen die Behauptung, daß Engländer und Franzosen mehr Steuern zu zahlen hätten als die Deutschen; eine solche Behauptung beruhe auf einer völlig falschen Vergleichsmethode. In dem neuen Gesetz sei dafür Sorge getragen, daß durch die Schwierigkeit der Verantragung die Zahlungen nicht zu lange hinausgeschoben werden. Wichtige Maßnahmen gegen die Kapitalflucht seien nur durch internationale Vereinigungen zu erzielen und hier sei die Reichsregierung bereits in Verhandlungen mit verschiedenen auswärtigen Regierungen und hoffe, daß dem bereits abgeschlossenen Vertrage mit der Tschecho-Slowakei alsbald andere folgen werden.

Zur Erklärung der Steuerpläne zurückkehrend, fuhr der Minister fort: Es besteht kein Zweifel, daß die Einnahmen aus Steuern nicht ausreichen können, um für die immer steigenden Ausgaben Deckung zu gewähren. Auch mit der Zwangsansicht ist es nicht möglich, den Haushalt für 1922 einschließlich des Etats zur Ausführung des Friedensvertrages zu balancieren oder auch nur zu sanieren. Die Reichsregierung will deshalb auch das Mittel einer freien innernen Anleihe ver suchen. Diese hat auch neben einer Zwangsanleihe Vorteile, weil sie sich an das stützende ansetzt. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe ist aber erst gegeben, wenn das Vertrauen in die Wiederaufstellung Deutschlands wieder hergestellt ist und feststeht, daß eine fundierte Reichsanleihe nicht durch die Bestimmungen des Friedensvertrages beeinträchtigt werden kann.

Minister Hermes führte dann ausführlich den Nachweis, daß die Kritik, die der französische Finanzminister als Berichterstatter der Budgetkommission an den deutschen Betrieben für 1921 gestellt hatte, in den meisten Punkten von falschen Vorwürfungen ausgehe. Die Lebensmittelzölle, so betonte er, sind nur ungern bewilligt worden. Schon vor Cannes ist die Regierung an den Abbau dieser Zölle gekommen. Während im Jahre 1920/21 noch mit Zöllen in Höhe von 22 Milliarden gerechnet werden mußte. Reichsanzeler hätte man eine andere Statrede erwarten sollen.

te, hoffen wir, im Jahre 1922 mit einem Restzuschuß von einer Milliarde auszukommen, wenn keine weitere Valutaver schlechterung eintritt. Der wirtschaftlichen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wendet das Reich darum die größte Aufmerksamkeit zu, damit bei fortwährender Leistung die Bezahlung entsprechend erhöht werden. Die Frage der Löhne und Gehälter gab dem Minister Anlaß, eindeutigweise auf

die kritische Lage der Eisenbahn einzugehen, indem er ausführte: Es ist unverantwortlich, wenn gewisse Kreise der Beamtenchaft in einem solchen Zeitpunkt, wo alle diese grundlegenden Fragen noch eingehend von allen berufenen Gattungen erörtert werden und wo Aussicht auf befriedigende Lösung besteht, zum Streit aufzufordern und damit namenlos, noch nicht zu übersehenden Schaden für unser gesamtes Wirtschaftsleben heraufbeschwören. Ich kann namens der Reichsregierung die Beamten nur dringend bitten, diesen Aufrufern zu folgen, die auf eine mutwillige, unverantwortliche Störung hinzuwirken. Die Reichsregierung wird dem mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich entgegentreten.

Das Schlusstheil der Rede des Finanzministers bildete der Etat zur Ausführung des Friedensvertrages, der als laufende Ausgabe rund 148 Milliarden, und für außerordentliche Ausgaben rund 40 Milliarden auf Grund des Bonner Zahlungsplanes erforderlich, wobei ein Entwertungsfaktor von 45 für die Umrechnung der Goldmark in Papiermark zugrunde gelegt ist. Auch hier herrschte also noch Unsicherheit und das Ergebnis der schwierigen Reparationsverhandlungen ist noch unbekannt. Der Minister wiederholte noch einmal Einzelheiten der Antwortnote Deutschlands an die Reparationskommission und fuhr fort: Die deutsche Regierung hat sich trotz der schwierigen Lage der Erkenntnis nicht verschlossen, daß ein Hinausschieben der Barleistungen nicht möglich sein wird. Sie will zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete alles in ihrer Macht stehende tun. Wenn die Zahl von 720 Millionen Goldmark nicht herabgesetzt werden kann, so findet das bei einem Umrechnungsfaktor von 45 97½ Milliarden Papiermark. Eine solche Ziffer würde Deutschland unmöglich aus den laufenden Einnahmen oder aus Aufleihen einschließlich einer Zwangsanleihe decken, und dann bleibe nur übrig, die Rote Presse wieder in Umlauf zu lassen, was doch die Alliierten selbst nicht wollen. Es geht davor hervor, daß der Reparationsplan für das laufende Jahr nicht zu lösen ist, wenn nicht auch für die künftige Jahr eine entsprechende Regelung getroffen werde. Nur mit Hilfe eines großen Kredits können die Bedürfnisse der Alliierten auf Zahlung von Devisen bestredigt werden. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands muß durch andere Gestaltung der Reparationsbedingungen wieder hergestellt werden, und wenn nicht die östlichen Länder dabei mitarbeiten, bleiben alle Anstrengungen Deutschlands zur Besserung seiner Finanzlage unzureichend. Diese Erkenntnis beginne sich in den wirtschaftlichen Körpern des Auslandes durchzusetzen, die Krise bleibe aber, ob sie sich auch bei den politisch wirkenden Stellen durchsetzen werde. Die Frage ist, ob der Tag, an dem die gemeinsame Not der Völker dazu treiben werde, die Welt außerlegten Wirtschaftsfesseln zu sprengen, nah oder fern ist, ob es gelingen werde, bis zu jenem Tage unsere Wirtschaft und unser Volk mühsam über Wasser zu halten. Auch das deutsche Volk hat ein Recht zu leben, wenn auch unter härteren Bedingungen, als vor dem Kriege. Wenn unser Erfüllungswille bestritten werde, so müssen wir, ohne daß es unsere Absicht ist, eine neue rohe Propaganda schaffen entfallen, um die Welt in berechtigter Weise von unserer Erfüllungsfähigkeit zu überzeugen.

Abg. Scheidemann (Soz.) ging in seiner sehr ausführlichen Rede auf eine Fülle von Richtständen ein, die er bei der Justizverwaltung, bei der Reichswehr und bei den zivilen Verwaltungsstellen zu rügen hatte. Sachlich führte er aus: Während das deutsche Volk sich abmühe, Belgien und Frankreich wieder aufzubauen, sinkt es selbst immer tiefer ins Elend, es wird zu einem Sklavenvolk und seine Häuser zu Ruinen. Während von rechts her dem Bestande der Republik immer wieder neue Gefahren drohen, könne man erfreulicherweise feststellen, daß von links her aus den Reihen der Arbeiterschaft die Republik nicht mehr gefährdet werden könne. Der Gedanke, daß die soziale Frage mit Gewaltmaßnahmen zu lösen sei, sei erfreulicherweise aufgegeben worden. Das Kapitel deutscher Gedichte, das nun abgeschlossen werde, trage die Überschrift „Das Ende des Katholizismus.“

Abg. Dr. Reichert (Dnat. Soz.): Von einem früheren Reichstanzler hätte man eine andere Statrede erwarten sollen.

len, als wie wir sie eben gehört haben. In der Preisgabe der Ostmark sind die früheren sozialdemokratischen Ministe doch nicht so ganz unglücklich. Der große Fehlbetrag des neuen Etats muß bestreiten werden, nachdem man uns vorher gefragt hatte, daß alles in Ordnung sei. Wir stimmen dem Vorstoss des Reichstages auf Streichung des Reichschausministeriums zu. Auch der Demobilisierungskommissar muß schnellst verschwinden. Die Produktion der deutschen Volkswirtschaft ist jetzt 30 bis 40 v. h. hinter dem Friedensstand zurückgeblieben. Wir wollen unseren Arbeitern und Angestellten volle Beschäftigung gewähren, darum rufen wir den Bergarbeitern zu: Schafft Kohlen! und den Eisenbahnen: Befördert Kohlen! Nur die freie Wirtschaft kann die Produktion fördern. Redner tritt für die Befreiung des Bauobesitzers als den Hessen der Zwangswirtschaft ein und weist den Vorwurf zurück, als ob die Preisetzerhöhung auf das Konto der Landwirtschaft zu sehen sei. Er verweist demgegenüber auf das großzügige Programm der Landwirtschaft zur Stärkung der Produktion. Die Worte des Finanzministers gegen den Streit und die Streitgefahr in der Beamtenchaft werden hoffentlich bei der ganzen Regierung Widerhall finden. (Beifall rechts.)

Abg. Quack (Deutsche U.P.) ging ebenfalls sehr kurz mit der Rede Scheidemanns ins Gericht. Er sprach dem Finanzminister die Anerkennung für die im Etat geleistete Arbeit aus. Seine Partei habe den besonderen Wunsch, daß die Finanzverwaltung auf ihr Revier beschränkt und werde sich jeder übertriebenen Zentralisierung entgegenstellen. Den Bändern und Gemeinden müßten selbständige Steuerquellen eröffnet werden, und den Auslandsdeutschen dürfte nicht durch das Steuersystem die Rückkehr in die Heimat erschwert werden. Über den Erfüllungswillen müsse der Wille zur Sanierung gehen. Damit wurde die Debatte abgebrochen und der Etat an den Hauptausschuß verwiesen. Die Weiterberatung wird Dienstag 1 Uhr erfolgen. Schluß der heutigen Sitzung 14,7 Uhr.

## Oberleutnant Dittmar entflohen.

Berlin, 30. Januar. (W. T. B.) Der Oberleutnant Dittmar, der wegen Kriegsverbrechens vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgerichtsgefängnis in Raumburg untergebracht war, ist Sonntag nacht entflohen. Hierzu erfährt das Wollfische Telegraphenbüro, daß sofort von der für die Strafvollstreckung zuständigen preußischen Justizverwaltung die umfassendsten Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhaltes und zur Wiedergewinnung des Entflohenen getroffen worden sind. Es ist eine Belohnung von 50 000 Mr. für die Ergreifung bereits ausgesetzt. Die Grenzstellen sind amtlich benachrichtigt. Auch der Oberreichsgericht hat sich sofort an Ort und Stelle begeben.

Dem „Raumburger Tageblatt“ wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Dittmar ist durch Helferhelfer von außen her bestreift worden. Gegen 1 Uhr nachts, als eben eine Streife der Sicherheitspolizei die Anstalt passiert hatte, verschafften sich die Helfer unter Benutzung einer Leiter und einer großen Matze, die sie auf die durch Glasscherben gesicherte hohe Umfassungsmauer legten. Eintritt in den Gefängnishof, in dem sie an einem an der Leiter befestigten Knopfstand an der Mauer in den inneren Hof hineinkletterten und von hier aus dem im zweiten Stockwerk in einer Zelle untergebrachten Gefangenen Hans sehr scharfe Stahlklagen in der Weise aureilten, daß Dittmar sie an einer aus seinem geschmittenen Bettlaken gesetzten Beine in seine Zelle zog. Mittels dieser Sägen gelang es ihm in kurzer Zeit, eine Eisenstange des Zellenfensters zu durchtrennen und durch die geschaffene Öffnung ins Freie zu gelangen, bei der außergewöhnlichen kleinen Öffnung eine erstaunliche Leistung. Dittmar ließ sich dann an der erwähnten Beine in den Gefängnishof herab, ein waghalsiges Unternehmen, da die Beine sehr schwach ist und die Höhe dort mindestens 12 Meter betrug. Die Beine ist denn auch etwa in halber Höhe abgeknickt. Vermutlich ist Dittmar auch einige Meter abgesunken. Er muß an dem erwähnten Knotenstand über die Mauer geskittert sein und hat so das Weite gehabt. Es handelt sich um eine sehr raffiniert ausgedachte Befreiung. Die Befreier hatten offenbar die Sipo-Patrouille sich erst entfernen lassen. Die Nacht war dunkel und die Straße hinter dem Gefängnis nicht belebt. Die Nacht-Patrouille im Januar des Gefängnisses befand sich an einer anderen Stelle der Anstalt. Sie wurde aufmerksam durch Sprechen der Gefangenen in der Zelle über Dittmars Zelle. Sie begab sich dort hin, um Zelle zu prüfen, was nicht, es mußte jedoch entdeckt sein. Zum Glück haben die Gefangenen nichts

ist. Gedanken eilen einige der jungen Geiste fort, um ange-  
nommen. Niemand kommt mit, wie dieses Trauerfest eben-  
solche — Die Freuden und Nöte eines neuen Regimes.  
ausgehen — Sie sind eben die günstige Gelegenheit bringt beiden ihren  
Kinder zu führen. Ich kann sie auf unterscheiden.

Wann werden

meistens Heimlich, wie das war.

Hier wurde sie von ihrer

Begeisterung unterdrückt.

Sagt das nicht, bitte Frau Hoppe! Was können wir armen

bildeten Menschensterben niemals mit in unserer

Zeit?

Die Befreiung des

Reichs-Landrats aus einer

Spannung bestimmt.

Das norwegische

schwedische und finnische

Staats-

soziale —

Das norma-

rechte —

Das norwegische

schwedische und finnische

Staats-

soziale —

Das norma-

rechte —

## Wirtschaftliche Bekanntmachungen.

Begen Auskunftsverhinderung ist gegen den Fleischermeister Altmüller in Langwittersdorf auf eine Geldstrafe von 4155 M. und Trogung der Kosten erkannt worden.  
Bischofswerda, am 30. Januar 1922. Das Finanzamt.

gehört. Man vermutet, daß Dittmar das Geräusch durch Seife abgedämpft habe. Die Bruchstelle zeigt, daß die Durchsägung frisch ist und nicht vorbereitet war. Nach in der Nacht wurden umfassende Ermittlungen ange stellt, über deren Verlauf sich noch nichts sagen läßt. Die Polizei ist der Ansicht, daß Dittmar mit einem Kraftwagen entführt worden ist, in dem sich drei oder vier Männer befanden. Der Oberrechtsanwalt in Leipzig wird persönlich heute in Naumburg anwesend sein.

## Die Bewegung der Eisenbahner.

Die Ortsgruppe Bischofswerda des Deutschen Eisenbahnerverbandes erfuhr uns um die Veröffentlichung nachstehender Aufklärung über die Ziele der Eisenbahnerbewegung:

Der „Deutsche Eisenbahnerverband“ hat sich bis jetzt nicht an der Diskussion in den Zeitungen beteiligt, wir stanzen auf dem Standpunkt, daß eine gewisse Klarung unserer Bewegung eintreten muß, um dann mit einer offiziellen Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten. Inzwischen hat aber infolge des unglücklichen Streitabbruches in Dresden eine planvolle Hefte gegen uns Eisenbahner eingezogen. Auch in der hiesigen Presse hat es ein Einzender & nicht überwinden können, mit uns einzuschnüren. Der Mittelstand hat sich durch diese Einwendung selbst ins Fleisch geschnitten und zwar sehr tief. Wir neigen einmütig den Feindhandel auf und werden dem Mittelstand die gebührende Antwort erteilen. Auf gleicher Grundlage beruht ein Schriftsatz, der während unseres Streites in Dresden durch die gesamte Presse gegangen ist. Richtig ist, daß die Eisenbahner weniger verdienen, als die Industriearbeiter, aber es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die meisten von ihnen doch später Beamte werden und dann den Vorteil der Altersversorgung usw. haben. Also auf der einen Seite ist man informiert, daß wir Eisenbahner wenig verdienen, auf der anderen Seite aber weiß man genau, daß, wenn man die Beiträge zu führen bekommen hat, uns dann im Alter das Brotbrot selber ist. Unser Gegner aber wissen auch ganz genau, daß der Staat bannt ist, unsere Zukunft demnach völlig im Dunkeln liegt, dies zeigt ja auch die neue Wahlnahme, daß alle neuauftretenden Beamten, auf Besoldungsvertrag eingestellt werden sollen, also jederzeit lösbar sind. Deshalb sind wir in der glücklichen Lage, den nächsten Erlass des Reichsverkehrs-Ministeriums widerzugeben, der die Zukunft unserer Eisenbahner ins richtige Licht rückt: „Nach einer Verfügung des Reichsverkehrs-Ministeriums müssen im Bereich der deutschen Reichseisenbahnen über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein. Hierzu entfallen auf Preußen und Hessen 15 000, Sachsen 1400, Württemberg 600 usw.“ Ein Kommentar ist hierzu völlig überflüssig.

Zum Streik in Dresden und anderen sächsischen Orten ist zu berichten, daß dieser vergangene Streik zwar momentan eine Niederlage bedeutet, man hat sich auf den

Beruhigungsweg begeben. Bebennerlicherweise haben die Beiträge der Organisationen den Streik, der spontan aus der Masse selbst herauskam, nicht aufgenommen. Die nachträgliche Abrechnung mit unseren Führern kommt schon noch zeitig genug.

Richtig ist, daß die Streitleitung in Dresden aus 6 Mehrheitssozialisten, 5 Unabhängigen Sozialisten und 4 Kommunisten bestand und daß der Vorsitzende der Streitleitung unser Kollege Ambros war, der zwar erst 24 Jahre alt, ein überaus befähigter, tüchtiger Mensch, aber unglaublicherweise kein Mann jüdischer Abstammung ist, wie die bislge Tagespresse zu berichten wußte. Er gehört der Mehrheitssozialistischen Partei an, daß soll doch nicht etwa als Verbrecher bezeichnet werden. In unseren Reihen gibt es keinen Unterschied; wir haben Kollegen vom Konservativen bis zum Kommunisten, ebenso auch Kollegen, die protestantisch oder katholisch sind, haben allerdings auch Freidenker. An dem Streik waren nicht nur wir allein, sondern auch die Kollegen der übrigen 3 Großorganisationen beteiligt. Der Streik wurde abgebrochen unter folgenden 3 Punkten, die der Herr Präsident Dr. Mettig mit unterschrieben hat: 1. daß alle diejenigen Eisenbahnerarbeiter, die weiter nichts, als gefreite haben, nicht gemahrgelt werden; 2. daß alle, die sich am Streik beteiligt haben, als nicht gefündigt angesehen werden, wenn sie spätestens am 8. Januar früh ihren Dienst wieder aufnehmen; 3. daß die Generaldirektion für eine angemessene Aufbesserung des Dienstinkommens der Eisenbahner eintritt.

Bei den Verhandlungen hat man das Elberfelder Abkommen zu Grunde gelegt, demnach die teuren Orte einen Übersteuerungszuschlag von 2,50 M. pro Stunde erhalten sollen. Aber die Öffentlichkeit soll ja nicht der Meinung sein, daß auch wir hier auf dem flachen Lande in den Gemüß dieser Julage kommen, nach diesem Schema käme für uns nur eine Summe von 35–75 M. pro Stunde in Frage. Jeder Ort muß einzeln durchberaten werden und das kann noch lange dauern, inzwischen schreitet die Teuerung immer weiter fort. Der Streik ist zwar abgebrochen, doch unter der Woche glimmt es weiter, eine starke Hand, und die gesamte Eisenbahnerenschaft wird einig und geschlossen auftreten, um ihre Forderungen durchzusetzen, sei es auch über die Köpfe der Führer hinweg. Noch ist kein Sieg ohne Kampf gewonnen worden.

Damals beim Kapp-Lüttwitz-Putsch waren wir Eisenbahner gut genug, um die Kosten für die ausgerückte Regierung aus dem Feuer zu holen, wo wir von unserem selbstverständlichen Recht, denn auch uns ist ja die Koalitionsfreiheit zugesagt, Gebrauch machen wollen, droht die Regierung, die wir doch erst wieder zurück in ihre Lüter gebracht haben, mit Dienstentlassung. Weil wir aus der Not der Stunde geboren nur das tun wollen, was wir damals auf Befehl tun mußten. Wie verlangen vom Staate nichts weiter, als die Berechtigung zu einem menschenwürdigen Leben. Wir wollen nicht mehr Staatsbürger getringter Glorie sein.

Warum hat die Regierung so viel Geld, um z. B. einem einfachen Soldaten der Besatzungs- und alliierten Armee 84 000 Mark in seiner Löhnungsdelate an den Hals zu werfen, ganz abgesehen von den höheren Dienstgraden und wir sind doch eigene Landeskinder und fordern dementsprechend mit Recht, daß die Regierung uns menschenwürdig bezahlt und zwar in erster Linie. Wie sagte doch gleich der damalige Reichsminister Dr. Bell am 27. April 1920:

„Ich bin mir bewußt, daß wir von einem zufriedenen und arbeitsfreudigen Personal höhere Leistungen erwarten können.“

Das Defizit der Eisenbahnen ist die Folge der Revolution, so tönt es aus den deutschen Presseartikeln seit Wochen schon. Diese Behauptung wiederholt und millionenfach so der öffentlichen Meinung eingedrungen, soll die Volksmassen mit dem Gedanken vertraut machen, die Eisenbahn in irgendeiner Form aus dem Staatsbetrieb herauszunehmen und dem Unternehmertum, also Hugo Stinnes und Co., auszuliefern, der sie natürlich an England oder Frankreich weiter verschachern wird.

In den Jahren 1880 bis 1913 wurde nicht weniger als 3730 Goldmark Überschuss bei der Eisenbahn gemacht, doch machte bei einem Stande des Dollars von 280 Mark etwas 240 Milliarden Papiermark. Stattdessen wie jeder gute Geschäftsmann von diesen großen Überschüssen Rücklagen zu machen, wurde die Eisenbahn als milchende Kuh betrachtet und stellte drauf los gewirtschaftet. Doch ist nicht vergessen, daß diese Überschüsse in solcher Höhe nur möglich waren infolge der überaus niedrigen Löhne der Eisenbahner. Damals der Krieg und an den Eisenbahnen wurde in einem Maße ein grenzenloser Raubdruck getrieben. Am Menschen und auch am Material. Überall an allen Fronten verrichtete der deutsche Eisenbahner seinen Dienst. Überall auf allen Kriegsschauplätzen pflasterten Lokomotiven aus deutschen Werkstätten. Immer weitere Tausend des alten Personals mußten an die Front abgegeben werden. Und andere Tausend neuer Leute mußten eingestellt werden, um die Lücken immer wieder auszufüllen.

Im Jahre 1913 umfaßte das Gesamtpersonal der deutschen Eisenbahnen 740 502 Köpfe, im Jahre 1919 dagegen 1 121 745. Schon im Jahre 1918 war die Kapazität des Eisenbahnerpersonals auf 913 396 angewachsen. Und es ist ganz selbstverständlich, daß infolge der Demobilisierung hunderttausende eingezogene Eisenbahner wieder im Eisenbahnbetrieb untergebracht werden mußten, da sonst sie, oder das am ihre Stelle getretene Hilfspersonal der Arbeitslosigkeit verfallen wäre. Ohne den unfreien Krieg wäre ein solcher Anschwollen des Eisenbahnerpersonals niemals möglich gewesen. Wenn nun aber tatsächlich der Achtfundertstag zu einer Vermehrung des Personals führen mußte, so ist es um so trauriger, wenn die Verwaltung ihre Leute zwangsweise zu lange zu arbeiten, so daß jetzt die Herauslösung der Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß eine Vermehrung des Personals nötig macht. Nicht weniger als 95 Prozent müssen über acht Stunden arbeiten und nicht weniger als 60 Prozent arbeiten über 10 Stunden.

Gegenüber der immer wiederkehrenden böswilligen Behauptung, die Arbeiter verursachten durch absichtliche Minderleistungen das Defizit der Eisenbahnen, setzt auf eine Auflistung eines Vertreters der Eisenbahnverwaltung hingewiesen, der in einer Sitzung des Sachverständigenbeirats im November 1920 sagte: „Unter Personal ist, das möchte ich besonders betonen, in der großen überwiegenden Masse arbeitswillig und arbeitsfreudig. Es leidet wie alle anderen Bevölkerungsschichten unter der allgemeinen Lebensnot, die es bedrückt und seine Leistungsfähigkeit schwächt.“ Auch hierzu ist ein Kommentar überflüssig.

Ein anderer wichtiger Grund für das Anschwollen des Fehlbetrages bei der Eisenbahn ist der durch die Militärverwaltung erwonnene Erfolg wichtiger Medaillen der Fotomotiven, wie Messing und Kupferenteile durch solche aus Eisen.

## Durch Dämmergrau in der Liebe Land.

Roman von M. Knecht e. Schönau.

26. Roman von M. Knecht e. Schönau.

Um jeden Verdacht abzulenken, scharte Prinzessin Ottokar junge Künstler um Grant, die er auf ihren Wunsch und ihre Kosten unterrichtete, die aber in den meisten Fällen eine Art Späherdienste in seinem Hause ausüben mußten. Aber dieses falsche Spiel sollte sich an ihr rächen. Die zahlreichen Feinde und Neider Wingolfs schlügen aus diesem Verkehrskapital, indem sie den Künstler bei dem Großherzog an schwärzten und diesem Verkehr andere Beweggründe unterstoben. Der hohe Herr ließ sich tatsächlich beeinflussen, und da ihm die Neigung seiner Schwester zu dem Künstler schon längst ein Dorn im Auge gewesen war und alle Vorstellungen seinerseits nichts gebracht hatten, benützte er die Gelegenheit, den Künstler vor die Wahl einer Heirat oder — des Abgangs zu stellen. Er hatte wohl angenommen, daß der stolze hochfahrende Wingolf das zweite wählen und damit den Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen würde. Die Prinzessin war durch diesen Schachzug ihres sonst so süßglimmenden Bruders, hinter dem sie sofort und nicht mit Urechte den Einfluß seiner Frau, der streng erzogenen Großherzogin Elisabeth witterte, auf höchste überzeugt und erbittert worden. Um jeden Preis wollte sie Wingolfs Scheiden aus dem Verband der L. er Holzhühner verhindern, wohl wissend, daß sie dann den Rest ihres Einflusses auf ihn verlieren würde und soriet sie ihm selbst zu der Heirat mit Renate Schellander, die er ihr als einzigen Ausweg bezeichnete. Seiner Beschreibung nach konnte sie annehmen, daß die fast gleichaltrige Renate eine reizende Frau und dadurch ungefährlich sei, die in Wahrheit nur die Haushälterin des Künstlers sein würde, worin sie Wingolf nur bestärkt hatte. Auch von dem als Beobachter eingeschickten Lieutenant von Göben hatte sie beruhigende Berichte erhalten. Als sie jedoch Renate im Theater und im Ausstellungspalast gesehen hatte und Grant Wingolf seit seiner Verheiratung ihr Haus aufzuhören meinte, regte sich die Eifersucht in ihr und sie veranlaßte Fred Urban, seine Verpflichtungen in Bremen unter dem Vorwand zu lösen, bei Wingolf noch weiter lernen zu wollen, in Wahrheit aber, um das Chörele des Paars zu belauschen und ihr Verhältnis darüber zu erfragen. Doch auch dieser, der mit dem Göbenischen übereinstimmte, hatte sie nicht zu beruhigen vermocht. Sie wollte mit eigenen Augen sehen, wie das Chöpaar miteinander verkehrte und so hatte sie Wingolf mit seiner Frau heute zum Tee eingeladen. Vorher erwartete sie noch Fred Urban, den ihr berichtet hatte, wie ihre Einladung aufgenommen worden war.

Er erschien auch pünktlich zur vereinbarten Stunde und wurde sofort in das Arbeitszimmer der Prinzessin geführt. Sie lag am Schreibtisch, streckte ihm höflichst die Hand entgegen und deutete auf einen Stuhl ihr gegenüber.

Nehmen Sie Platz, mein junger Freund, und erzählen Sie, welchen Eindruck meine Einladung auf Grant Wingolf machte und wie sich der große Grant dabei verhielt.“

„Hoheit werden gleich mir überredet sein, daß von irgendwelchem Eindruck der halbwollen Einladung auf Frau Wingolf eigentlich gar keine Rede sein könnte. Sie nahm Grants Mitteilung mehr als gelassen auf und — lachhaft zu sagen — er tat, als ob er Ihrer Hoheit eine Kunst erweisen, sie anzunehmen.“

Die Prinzessin richtete sich aus ihrer nachlässigen Stellung im Schreibtischstuhl auf und sah mit ihren kalten blauen Augen den jungen Künstler durchdringend an.

„Bitte, wiederholen Sie wörtlich! Ich möchte mir selbst ein Urteil bilden.“

Fred Urban zog sein hädisches Jungengesicht in nachdenkliche Falten und berichtete dann Wort für Wort die Unterhaltung des Wingolfschen Chœpaars. Der Prinzessin volle Wangen färbten sich höher und als er von dem kleinen Missfiß, den er selbst darauf mit Wingolf gehabt hatte, und dessen entschiedener Verteilung für seine Frau erzählte, da siegte ihr eine Hornesröte bis zur Stirn hinauf und ihre großen Augen funkelten feindselig auf.

„So! Also als ein Opfer fürsässiger Laune und Neugier belebte Wingolf seine Frau hinzustellen und zwar mit süßlichem Bedauern, sie nicht davor bewahren zu können. Das geht zu denken! Lieber Urban, seien Sie doch, und ganz ehrlich gegen mich! Und fahren Sie fort, die Frau zu reizen und damit Wingolf zu veranlassen, die Masse endlich fallen zu lassen.“

„Hoheit verzeihen, aber ich muß immer wieder betonen: er trägt keine Masse. Es besteht tatsächlich nur ein harmloses, noch aus früherer Zeit stammendes Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden. Ihr ganzes Herz hängt noch an ihrem verstorbenen Manne. Sie schmückt sein Bild mit Kreuz und Rosen.“

„Das ist mir gleichgültig, aber er, er, wie verhält er sich dazu?“

„Er? Er schmückt es mit und hält es für ganz selbstverständlich, daß sie diese Verehrung für den Toten befindet. Er zeigt keine Spur von Eifersucht und erklärte mir auf eine diesbezügliche Frage, daß er diese Ehe nie eingegangen wäre, wenn er nicht sicher gewußt hätte, daß Frau Renate ebenfalls jemals in die Gefahr kommen würde, eine tiefe Reizung zu ihm zu fallen, wie umgekehrt.“

„Sagte er wörtlich so? Gebrauchte er diese Worte?“

„Gewiß, Hoheit! Und sein ganzes Verhalten bestätigt seine Worte. Er achtet und schätzt seine Frau, aber das ist auch alles. Und ich fürchte die Rolle, die ich ihr gegenüber spielen, ist verfehlt. Als ritterlicher Mann kann er seine Frau nicht ungestrickt von mir tränken lassen und es steht zu befürchten, daß er nur eines Tages die Türe weist.“

„Das wird er nicht wagen!“ fuhr die Prinzessin auf, denn er kennt meinen Wunsch, daß Sie bis Neujahr bei ihm bleiben.“

„Aber es widerstrebt mir, dieser Frau, die wirklich ein Muster von selbstloser Güte ist, das Leben so zu erschweren.“

„Soso? — Nun bin ich aber wirklich gespannt darauf, dieses Muster weiblicher Jugend kennen zu lernen.“

Pünktlich um fünf Uhr fuhr Wingolfs Wagen vor dem Roten Palais vor. Renate trug ein schlichtes, aber sehr geschmackvolles Besuchskleid aus schwarzer Seide und einen großen schwarzen Hut mit weichem Rehbaus. Die halboffene Jacke ließ eine reichgekleidete, weiße Spingebüste sehen. Sie sah vornehm aus. Nur ihre Wangen waren noch bläsig, aber als sie vorne kam, sahen sie noch schöner und schlanker erscheinen. Gegen die hohe, üppige Erscheinung der Prinzessin, deren blühende Gesichtsfarbe durch ein zart blaues Gewand von schimmerndem Schleierstoff noch gehoben wurde, erschien sie fast düstria. Ein fröhlicher Blick der Prinzessin bezeugte, daß sie das sofort bemerkte und die Tatsache lie in beste Banne versetzt hatte.

Mit bestechender Liebenswürdigkeit empfing Prinzessin Eleonore das Chœpaar, schob ihre Hand in dem Arm Renates und geleitete sie höchstlieb nach dem Vorraum zum Teetisch, ihr bedeutend mehr Aufmerksamkeit widmet als Wingolf, der das mit seinem erstaunten Hörenschein beobachtete. Als aber bei der Unterhaltung am Teetisch Renates geistige Überlegenheit zutage trat und ihr seines Gesicht mit den klugen, dunklen Augen ganz ungemein gewann, wurde die Prinzessin höher und lenkte das Gespräch auf ein ihr besser liegendes Gebiet, die Musik.

„Sind Sie musikalisch, Frau Wingolf? Spielen Sie Klavier, singen Sie?“

„Ich habe beides früher gepflegt, Hoheit. Aber seit vielen Jahren schon beklagte ich mich aus Mangel an Zeit und Energie darauf gute Muß nur leidenschaftlich gern zu hören und ausübigen, während sie ausdrücklich die Begeisterung für die Musik verneint.“

Grant Wingolfs Augen erweiterten sich bei Renates Antwort. Die Prinzessin bemerkte es und meinte lächelnd: „Der beste Freund, Sie machen ja ein Gesicht, als hörten Sie das erste Wort von der musikalischen Begabung Ihrer Gattin.“

(Fortsetzung folgt.)

## Für Kinder

Ist die beste Seife

Stockendorf Buttermilch-Seife  
Drei Tropfen, zwei Drogen, Bitterseifen-

Wichtig wird man es auch noch als eine Folge des Krieges gesehen, wenn nach Friedensschluß die beiden Lokomotiven und Wagen an die Entente abgeliefert werden mußten, und was nur die während des Krieges mit aller Gewalt ruinierter verblieben. Das äußert sich auch dahin, daß jetzt 40 Prozent aller Lokomotiven im Reparatur stehen, statt 20 Prozent vor dem Kriege. Und weiter, während uns vor dem Kriege 1700 betriebsfähige Maschinen zur Verfügung standen, sind es gegenwärtig nur 1300. Trotzdem eine ganze Menge von rollendem Material mit riesigen Kosten neu erbaute wurde, ist doch der Prozentsatz des reparaturbedürftigen Materials nicht heruntergegangen. Über das Defizit, seine Ursachen und Wirkungen könnten wir noch lange Statistiken vorbringen. Nur eins wollen wir noch erwähnen, auch die hohen Löhne der Eisenbahner hat man verantwortlich gemacht für die Unrentabilität der Eisenbahn. Für einen Durchschnittslohn von M. 6,45, den der Eisenbahner im Jahre 1913 erhielt, kostete er z. B. tausend 215 Pfund Kartoffeln oder 32 Liter Milch; dagegen kann er im Jahre 1921 für seinen Lohn nur 52 Pfund Kartoffeln oder 9 Liter Milch kaufen.

So riesig ist der Reallohn der Eisenbahner in der Zwischenzeit gesunken und jetzt schreien wir das Jahr 1922. Dies im kurzum eine kleine Erklärung für die Offenlichkeit. Das ganze schaffende Volk müßte einig und geschlossen hinter uns Eisenbahnherrn stehen, wir Eisenbahner sind die Pioniere in der gesamten Bewegung und wollen nur unser Recht, sonst weiter nichts.

**Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Bischofswerda.**  
Der Bevollmächtigte für das Pressewesen:  
Paul Brunner, Mitglied des Beamtenrates.

Zu den obigen Ausführungen wäre manches zu sagen. Kein billig denkender Mensch wird es den Eisenbahnherrn verdenken, daß sie um einen auskömmlichen Lebensunterhalt kämpfen. Gerade die unteren und mittleren Beamtenfaktoren sind tatsächlich mangelhaft besoldet, und hier muß auch Wandel geschaffen werden. Da aber die Milliardengüsse auf die Dauer nicht geleistet werden können, muß eben das Eisenbahnmuseum saniert und auf eine wirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Die neuen Maßnahmen sollen die bekannten vorgelebten Maßnahmen dienen, die jedoch auf starken Widerstand innerhalb der Beamtenfaktion stoßen und nicht zuletzt auch die Ursache der Bewegung bilden. Hoffentlich wird der Streik mit seinen tief einschneidenden wirtschaftlichen Folgen vermieden. Dass die Lage eine überaus ernste ist, geht aus der folgenden amtlichen Meldung hervor:

Berlin, 30. Januar. (B. T. B.) Das Reichskabinett hat sich heute abend eingehend mit dem angedrohten Streik eines Teiles der Reichsbahnbeamten beschäftigt. Man war sich darin einig, daß die unvermeidliche politische Wirkung dieses Streiks die Verhöhung der Vorrechte des deutschen Beamtenamtes sein müsse. Es ist die geflügelte Aussicht der Regierung, daß der Streik mit den Bestimmungen und dem Wesen des Beamtenamts völlig unvereinbar ist. Die Reichsregierung rätselt deshalb an alle in Betracht kommenden Kreise die dringende Warnung, sich nicht zu handlungen verleiten zu lassen, die für die Gestaltung ihrer Zukunft verhängnisvoll sein würden. Die innere und äußere Lage unseres Landes duldet es nicht, daß von verantwortungsloser Seite durch Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird, wie der von radikaler Seite beliebte Ausdruck lautet. Die Regierung wird deshalb in gegebenem Falle mit durchsetzen Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen.

### Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Berlin, 31. Januar. (Drahb.) Die Blätter melden, daß die Eisenbahnverwaltung alle Maßnahmen getroffen habe, um den Eisenbahnverkehr sowohl wie möglich aufrechtzuhalten, insbesondere um die Lebensmittel- und Kohlenversorgung zu sichern, zum Schutz der Arbeitswilligen solten Schuhpolizeibeamte herangezogen werden. Auch zur Sicherung der Bahnüberwachung wird noch besonders geeignetes Personal aufgeboten werden.

Weitere Meldungen berichten:

Berlin, 31. Januar. Wie das "Berliner Tageblatt" hört, hat der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Anwärter den Hauptvorstand erneut beantragt, den Streik zu verkünden, falls die im Ultimatum gestellten Forderungen abgelehnt würden. Der Hauptvorstand hat deshalb seine Mitglieder zu einer dringenden Sitzung für heute nachmittag einberufen.

Wie der "Berliner Volksanzeiger" meldet, sind Schritte eingeleitet worden, um mit Hilfe des parlamentarischen Beamtenausschusses nochmals die Regierung zu erneuten Verhandlungen mit den Vertretern der Spartenorganisationen zu bewegen.

Den Blättern zufolge hat der deutsche Beamtenbund, dessen die Reichsgewerkschaft als Unterverband angehört, gestern abend einen Vortragsbeschluß veröffentlicht, in dem der deutsche Beamtenbund die Umstände wiedergibt, welche die Reichsgewerkschaft zum Ultimatum geführt hatten. Der deutsche Beamtenbund erwartet, daß die Reichsregierung den drohenden Konflikt mit der Reichsgewerkschaft noch abwenden und im Sinne der gestellten Forderungen sofort die Verhandlungen mit ihr wieder aufnehmen werde.

### Die Oberbeamten gegen den Streik.

Berlin, 30. Januar. Von zuständiger Seite geht dem Wollbüro folgende Mitteilung zu: Gegen die Streikdrohung der Reichsgewerkschaft erhält sich nunmehr auch in ihren eigenen Reihen heftiger Widerspruch. Die Gruppe der Oberbeamten ist schon vor einiger Zeit aufgetreten, weil sie die unverentümliche Radikalisierung nicht mitmachte. Nunmehrwendet sich auch die Fachgewerkschaft VI in einem Rundschreiben gegen das Vorgehen der Reichsgewerkschaft. Wenn es dort heißt, daß die Sitzung über den Streikbeschluß wegen der Unschärfen und Unklarheit nicht geeignet war, Vertrauen zur Entscheidung zu erwecken, so mag man daraus ersehen, mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, um einen Rechtsbeschluß durchzusetzen. Die Unterlassung einer Urabstimmung vor dem Streikbeschluß wird in einem Rundschreiben als Sabotageversetzung benannt. Auf die Gleichgültigkeit der gekündigten Beamteninteressen wird dabei hingewiesen. Es wird geöffnet und verlangt, daß schon am Nachmittag des Sonntags durch ihre Söhne eingeschritten.

1. Oberster eine Erklärung der Regierung über die Gruppe der Wirtschaftsbetriebe an Seemeile abgeben werden wird. Diese ist umso bedeutungsvoller, als hinsichtlich der Höhe der Wirtschaftsbetriebe bereits anderorts eine Einigung mit der Verwaltung erfolgt ist oder in Aussicht steht. Derselbe wird gefülltlich verschwiegen, doch ein Umlauferschluß des 23. Reichsausgabes bereits die automatische Anpassung der Gehälter an die sinkende Kaufkraft des Geldes behandelt.

Der Reichsverkehrsminister wird seinen Einfluß geltend machen, um die baldige Erledigung der weiteren Besoldungsfragen durchzusetzen. Man glaubt, daß sich der ablehnen Stellung der Fachgewerkschaft VI noch andere Gruppen anschließen werden. Ob trotzdem die Führer noch weiter zum Streik bekehrt werden, bleibt abzuwarten.

**Die Zwickauer Stadtverordnetenwahlen vom Ministerium des Innern für ungültig erklärt.**

Amtlich wird gemeldet: Durch Entschließung vom 22. Dezember 1921 hatte die Kreishauptmannschaft Zwickau die am 27. November in Zwickau vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen auf Grund von Paragraph 62 der regulierten Städteordnung für ungültig erklärt. Dem hiergegen von der Ortsgruppe Zwickau der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhobenen Einspruch hat das Ministerium des Innern nicht stattgegeben und zur Begründung u. a. ausgeführt: „Die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausgeübte Wahlkontrolle durch Vertreter und Empfangnahme von Kontrollcheinern außerhalb des Wahlraumes stellt keine unzulässige Beeinflussung der Wahl dar; denn jede Organisation hat das Recht, bei der Wahl für ihre Ausschau zu werben. Bisher ist bei allen Wahlen und von allen Parteien eine Wahlkontrolle unbefriedigt ausgeführt worden (Wahlabschleppen). Dagegen ist die Verteilung von Kontrollcheinern im Wahlraum ein Verstoß gegen die Wahlordnung. Das ist in einem Wahllokal geschehen. Es ist auch weiter festgestellt worden, daß während der Wahlhandlung in drei Wahllokalen Stimmzettelverteiler aller Parteien im Wahlraum anzutreffen waren und Stimmzettel verteilt haben. Das ist zweifellos ein Verstoß gegen die Wahlvorschriften. Hinzu kommt weiter, daß der im Wahlprotest geltend gebrachte Einwand, durch die Art der Stimmzettel sei das Wahlabschleppen vereitelt worden, der Beurteilung bedarf. Dem Ministerium des Innern gegen die Wahlzettel aller an der Wahl beteiligten Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, vor. Von diesen fünf Sorten sind vier auf dünnem Zeitungspapier gedruckt, so daß der Druck auf der Rückseite leicht erkennbar ist. Die Form des Drucks weicht bei diesen Stimmzetteln außerordentlich stark voneinander ab. Die ganze Wahl ist mit Recht für ungültig erklärt worden.“

Da nach dieser Entscheidung weder das neue Kollegium zusammenentreten, noch das alte weitergehen kann, ist Zwickau augenblicklich ohne Stadtverordnetenkollegium.

### Neues aus aller Welt.

— Ein Opfer seiner Guttmüdigkeit. Ein schweres Verbrechen mit eigenartigen Begleitumständen ist in Berlin verübt worden. Ein Schauspieler lernte kürzlich in einer Wirtschaft drei junge Männer kennen, die aus Bremen nach Berlin gekommen sind, einen 21 Jahre alten Schlosser Theodor Fischer, einen 19 Jahre alten Volontär Ferdinand Bunk und einen 18jährigen Kontoristen Erich Kaiser. Die drei ergänzten ihm, daß sie in arger Verlegenheit seien, weil sie erst in einigen Tagen ein Zimmer bekommen könnten. Der Schauspieler hatte Mitleid mit ihnen und lud sie ein, bei ihm zu wohnen, bis sie ihnen in Aussicht gestellte Zimmer beziehen könnten. Diese Gütherlichkeit wurde ihm schlecht gelohnt. Nachdem er an einem Halsleiden erkrankt war, wendete die drei den deutschnen Plan aus, die Krankheit zu benutzen, um ihren Gastgeber zur Nachzeit zu veräusseren. Sie spiegelten ihm vor, daß sie in Chemikaliengeschäften in Bremen tätig gewesen seien und von dort her noch Mittel befreien, mit denen sie sein Halsleiden leicht heilen könnten. Es braucht nur einen Tee zu trinken, in den sie geeignete Mittel, darunter auch Kortofita, hineinmischen würden. Der Schauspieler nahm arglos auch den Tee mit der Mischung und schlief ein. Er erwachte, als ihn jemand an der Kehle würgte. Als er sich nun aus Leibeskräften wehrte, rief einer seiner Gäste: „Schlagt ihm doch den Schädel ein!“ Sofort erhielt er auch wichtige Hiebe mit einem Schlagring über den Kopf. Es kam zu so einem heftigen Kampfe, daß das Bett zusammenbrach. Als jetzt der Raum auch die Wirtin und andere Leute im Hause aufmerksam machte, ergripen die Räuber die Flucht und entkamen zunächst. Der Kriminalpolizei gelang es jedoch, die Täter noch in der Nacht aufzuspüren und festzunehmen. Es ergab sich, daß Bunk, der Anführer der Gesellschaft, die Chemikalien bei einem Einbruch in Bremen erbeutet hatte. Alle drei sind jetzt gefangen. Sie geben zu, den Tee statt mit Morphin zerlegt zu haben.

— Einfall eines Kinohauses in Washington. Der schwere Sturm, der in Washington wütete, hat eine furchtbare Katastrophe herbeigeführt. Während einer Kinovorstellung im Komedie-Theater stürzte das Dach ein und begrub einen großen Teil der Anwesenden unter seinen Trümmern. Das Theater fasst zwar 2000 Personen, wegen des schlechten Wetters hatten sich aber kaum fünfzehntausend Zuschauer eingefunden. Die Polizei hat bereits 122 Totestände und 150 Vermisste festgestellt. Unter den Toten befinden sich ein früheres Mitglied des Repräsentantenhauses, zwei amerikanische Journalisten und unter den Verwundeten ein Sekretär der italienischen Botschaft in Washington. Kurz 150 Personen war es gelungen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Eine große Anzahl von Leichen konnten noch nicht identifiziert werden. Militär, Polizei und Arzte sind an den Bergungs- und Aufräumarbeiten beschäftigt. — Eine spätere Meldung berichtet: Die Zahl der bei dem Einsturz der Decke des Kinoteaters Gefallenen wird auf 37 gesetzt. Hunderte von Verletzten liegen jedoch noch unter den Trümmern begraben. Es sollen auch noch Leichen unter der eingestürzten Galerie liegen, so daß sich die Zahl der Toten auch noch wesentlich erhöhen wird. — Ein Telegramm des "Chicago Tribune" meldet, General Pershing habe persönlich die Bergungsarbeiten geleitet. — Die Sanitätskräfte hatten das Dach des Hauses durch ihre Scheren eingeschnitten.

### Was der Oberlandesgerichtshof entschied.

**Zwickau, 31. Januar.** — \* **Reichsbahndirektion.** Richten Donnerstag, abends 14.30 Uhr, findet der dritte Beisitztag statt. Im Mittelpunkt des Bertrags werden Erörterungen über den Strafmaßgehalt der Garbe stehen.

— \* **Die Erhöhung der Eisenbahnsatzes.** Das 1. Februar d. J. bringt, wie bekannt, im Bereich der Deutschen Reichsbahn eine weitere Erhöhung der Fahrtpreise, insbesondere um 75 Prozent. Die Wochentage, die seit dem 1. Dezember 1921 77 Pfennig in 1. Klasse, 45 Pfennig in 2. Klasse, 26 Pfennig in 3. Klasse und 17 Pfennig in 4. Klasse bezogen, stellen sich dann auf 1.34 Mark in 1. Klasse, 74 Pfennig in 2. Klasse, 45 Pfennig in 3. Klasse und 30 Pfennig in 4. Klasse. Speisegeträge werden auch weiterhin bei Beiträgen bis zu 5 Mark auf 10 Pfennig, über 5 bis 10 Mark auf 50 Pfennig und über 10 Mark auf volle Mark aufgerundet. Mindestens werden erhöht in 1. Klasse 7,00 Mark, in 2. Klasse 4,10 Mark, in 3. Klasse 2,80 Mark und in 4. Klasse 1,80 Mark. Zu den Personenzug-Fahrtpreisen tritt bei Benutzung von Schnellzügen noch der Schnellzugszuschlag, der ab 1. Februar auf die Entfernung von 1 bis 75 Kilometern 15 Mark in 1. und 2. Klasse, 8 Mark in 3. Klasse, von 76 bis 150 Kilometer 30 Mark in 1. und 2. Klasse, 15 Mark in 3. Klasse, über 150 Kilometer 45 Mark in 1. und 2. Klasse, 23 Mark in 3. Klasse beträgt.

**Ohorn, 31. Januar.** Nach kurzem Krankenlager verstarb der Monteur Herr Gustav Niessle aus Breitenbach. Während 35 Jahren war er ununterbrochen bei der Firma Emil Gneiss, Ohorn, beschäftigt.

### Letzte Depeschen

**Gründung eines österreichischen Landbundes mit Aufsicht an den deutschen Reichslandbund.**

**Wien, 30. Januar. (Drahb.)** Die unabhängige Bauernschaft in sämtlichen österreichischen Provinzen, mit Ausnahme Tirols, hat sich auf ihrer Tagung in Leoben zu einem Landbund zusammengeschlossen, der dem deutschen Reichslandbund beitreten soll.

**Bruch zwischen Lenin und Trotzki.**

**Helsingfors, 30. Januar. (Drahb.)** Aus Moskau wird gemeldet, daß es zwischen Lenin und Trotzki zum Bruch gekommen sei und daß Trotzki sich in naher Zukunft zurückziehen werde.

**Umliste Dienstmarken vom 30. Januar:** Ein Dolos 420,54; 100 Tschekkenronen M. 397,10; 100 Holländische Gulden M. 749,50.

**Marktarife vom 30. Januar:** Zürich 2,53%; 2,56%; Holland 1,32%; 1,30.

**Produktentöne zu Dresden am 30. Januar.** Amtliche Notierungen. Weizen 413—418, fest. Roggen 318—323, fest. Sommergerste, sämliche 362—375, ruhig. Hafer 318 bis 320, fest. Raps, trocken 710—740, fest. Mais 345 bis 355, fest. Weizen 450—500, fest. Lupinen, blaue und gelbe, geschäftslos. Beutelchen geschäftslos. Rottlee, alter 1500 bis 2100, ruhig, neuer 2500—2900, ruhig. Trockenschnitzel 220—230, fest. Roggen- und Weizenstroh 40—45, gefüllt. Haferstroh 50—55, gefüllt. Biesenheu, lohe, sämliche 125 bis 135, gefüllt, südöstliches 115—130, gefüllt. Weizenstroh 215—221, fest. Roggenstroh 215—220, fest. Roggenschrot 420—455, fest. Weizenmehl 525—590, fest. Feinste Bäre über Rott. Die Preise versteigen sich per 50 Kilogr. Rottlee und Weizen in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, hafer und Stroh in Ladungen von etwa 5000 Kilogramm, alles andere in Ladungen von 10000 Kilogr.

**Dresdner Schlachtwiehmarkt am 30. Januar.**

**Auflieb:** 1. Rinder: a) 205 Ochsen, b) 164 Bullen, c) 257 Kalben und Kühe, 2. 381 Kälber, 3. 499 Schafe, 4. 1083 Schweine.

**Preise in Mark für Lebend- und Schlachtwiecht:**  
a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu sechs Jahren 1050 bis 1150, 1900 bis 210, 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemäst. 900 bis 1000, 1750 bis 1850, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 600 bis 700, 1900 bis 1500, 4. gering genährte jungen Alters 400 bis 500, 1000 bis 1200,

b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchste Schlachtwertes 1050 bis 1150, 1800 bis 2000, 2. vollfleischige jüngere 900 bis 1000, 1550 bis 1750, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 550 bis 650, 1200 bis 1400, 4. gering genährte 400 bis 500, 950 bis 1100,

c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Stalben höchsten Schlachtwertes 1050 bis 1150, 1900 bis 2100, 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren 900 bis 1000, 1750 bis 1850, 3. ältere ausgemästete Kühe und aus entwöhnte jüngere Kühe und Kalben 700 bis 800, 1550 bis 1700, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 500 bis 600, 1200 bis 1500, 3. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 350 bis 450, 1000 bis 1200,

d) Rinder: 1. Doppelseller —, 2. beste Rind- und Saugfänger 1300 bis 1400, 2100 bis 2225, 3. mittlere Rind- und gute Saugfänger 1150 bis 1250, 1900 bis 2025, 4. geringe Rinder 950 bis 1050, 1675 bis 1800,

e) Schafe: 1. Rostfleisch und jüngere Rostfleisch 1050 bis 1125, 2100 bis 2250, 2. ältere Rostfleisch 900 bis 1000, 1950 bis 2050, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Dierschafe) 600 bis 800, 1450 bis 1700.

f) Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 1700 bis 1800, 2175 bis 2300, 2. Fettfleische 1800 bis 1900, 2300 bis 2425, 3. Fleißfleise 1450 bis 1550, 1900 bis 2075, 4. geringe entwöhnte 1300 bis 1400, 1850 bis 1950, 5. Sauen und Über 1450 bis 1650, 1875 bis 2175.

g) Schweine: Rinder und Rinder gut, Schafe und Schweine mittel.

h) Schweine: Rinder (Wittmuth): Slemisch milde, weichende Soße, etwas Rogen.

i) Schweine: Rinder (Wittmuth): Slemisch milde, weichende Soße, etwas Rogen.

**Sachsen-Anhaltischer Schätzleiter: Weg Bielefeld in Sachsen-Anhalt.**

